

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT



Jahresbericht 2023

Inhalt

Jahresbericht 2023	3
..... Russlands Krieg gegen die Ukraine: Solidarität statt Neutralität	
Günther Baechler: Wo bleibt die Moral?	6
..... Unterstützung der Ukraine ist Pflicht	
Keine Neutralität angesichts Völkerrechtsverletzungen	8
Zum Hiroshima-Gedenktag 2023	13
Das Café de la paix im 2023	14
Die FRIEDENSZEITUNG 2023	16
Der Friedenskalender 2024	18
Weitere Aktivitäten des Friedensrates 2023	19
Publikationen des SFR	23

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich

Tel. +41 (0)44 242 93 21

info@friedensrat.ch

www.friedensrat.ch

PC-Konto 80-35870-1

IBAN CH64 0900 0000 8003 5870 1

FRIEDENSZEITUNG

Die vierteljährliche
friedenspolitische Zeitschrift



Die Kampagne
gegen Kleinwaffen

Impressum

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

Zürich, Februar 2024, Fr. 10.–

Redaktion/Layout: Diana Schenkel, Peter Weishaupt

Beiträge von Maria Ackermann, Günther Baechler,
Jenny Heeb, Francine Perret, Diana Schenkel, Peter
Weishaupt

Gestaltung: Titelbild Bekky Bekks, Seite 8 Pixabay,
Seite 9 Ostermarsch Bern, Seite 21 Uno Genf, alle
anderen Sujets SFR.

Korrektorat: Liliane Studer

Druck: ropress Druck, Zürich

Auflage: 2000 Ex.



Unser Strom –
100 % Schweizer
Wasserkraft
schweizstrom



Russlands Krieg gegen seinen Nachbarn: Solidarität mit der Ukraine statt Neutralität

Peter Weishaupt, Geschäftsleiter des SFR

Wie bereits 2022 stand der jetzt schon seit zwei Jahren dauernde Krieg gegen die Ukraine und seine fundamentalen Auswirkungen im Zentrum der Tätigkeiten des Friedensrates im Jahre 2023. Einerseits solidarisierten wir uns anhaltend mit dem ukrainischen Widerstand gegen die russische Aggression, so an der Kundgebung zum ersten Jahrestag des Überfalls am 4. März in Bern, an den Osterveranstaltungen vom 10. April in Heiden AR und Bern und mit einer grossen Gesprächsrunde am 26. Mai anlässlich unserer Jahresversammlung in Zürich. Andererseits trugen wir Vorstösse für eine Kriegsgewinnsteuer oder ein Ukrainehilfsgesetz zum Wiederaufbau des kriegsversehrten Landes mit.

Seit Beginn des Krieges arbeiteten wir in der Koordination der Ukraine-Friedensproteste mit, einer breiten Allianz von Parteien und Organisationen, die eng mit den ukrainischen Vereinen in der Schweiz zusammenarbeitet, und beteiligten uns aktiv bei der Mobilisierung für die eindrückliche Kundgebung auf dem Bundesplatz in Bern zum ersten Jahrestag des Angriffs auf das Land am 24. Februar 2022, die am 4. März 2023 in Bern stattfand. Die Kundgebung demonstrierte die auch durchs ganze Jahr nicht nachlassende Solidarität mit der Ukraine durch die Schweizer Bevölkerung.

Die Ostermärsche in Bern und Heiden AR

Der Ostermarsch in Bern vom 10. April unter dem Titel «Geld für Frieden statt für Kriege» stand mit folgenden Forderungen ganz im Zeichen der Ukraine-Solidarität: mehr Transparenz im Schweizer Finanzplatz (bezüglich

seiner zentralen Rolle bei der Umsetzung der Sanktionen gegen Russland), Engagement und Investitionen in nachhaltige Friedenslösungen, Ablösung der Schweiz von fossilen Energien, Verwendung von russischen Oligarchen-Vermögen und den durch den Krieg erfolgten Übergewinnen von Schweizer Rohstoffhändlern für den Wiederaufbau der Ukraine.

Beim traditionellen internationalen Bodensee-Friedensweg am gleichen Tag, turnusgemäss in der Schweiz durchgeführt und mit einem Sternmarsch zum ausserrhodischen



Dunant-Dorf Heiden endend, dominierte ebenfalls die seit Kriegsbeginn zusammengebrochene europäische Friedensordnung, was sowohl in den Gesprächen wie auf Protestplakaten Ausdruck fand. Dabei wies der Direktor der Schweizerischen Friedensstiftung Swisspeace, Laurent Goetschel darauf hin, dass die Schweizer Neutralität ursprünglich nur das Gebot der Nichtteilnahme an militärischen Konflikten durch Drittstaaten bedeutete. Sie stelle ein staatliches Verhältnis zu in Kriege verwickelte Länder dar, es gebe aber alles andere als eine gesellschaftliche Gesinnungsneutralität, folglich sollte umso mehr politisch Partei ergriffen werden, auch wenn man militärisch nicht involviert sei. So seien etwa wirtschaftliche Sanktionen gegen Kriegsverbrecher wie Russland völlig legitim. Die Schweiz müsse alles dafür tun, das humanitäre Völkerrecht zu verteidigen.

Die Jahresversammlung vom 26. Mai

Seit Jahren nicht mehr so gut besucht war die Jahresversammlung des Friedensrates am 26. Mai im Kirchgemeindehaus Aussersihl in Zürich, obwohl sie auf den Vorabend der Pfingsttage fiel. Das war wohl wesentlich auf die prominent zusammengesetzte Gesprächsrunde zurückzuführen. Tanja Maljartschuk, Jonas Lüscher, Barbara Haering, Jakob Tanner und Markus Heiniger diskutierten unter der Leitung von Peter Weishaupt zum Thema «Die Schweiz zwischen Solidarität und Neutralität».

Der langjährige SFR-Präsident Ruedi Tobler, der den Friedensrat über Jahrzehnte wesentlich geprägt hat, hatte auf diesen Termin

hin seinen Rücktritt bekanntgegeben. Seine Verdienste wurden inhaltlich und mit einem warmen Applaus gewürdigt (siehe dazu auch das Interview mit ihm in der FRIEDENSZEITUNG 46-23 vom September).

In einer Resolution verurteilte die Jahresversammlung die russische Kriegspolitik mit ihren gravierenden Verletzungen des Kriegs- und humanitären Völkerrechts, erinnerte aber auch an die zurzeit weltweit durchgeführten 28 Kriege und bewaffneten Konflikte. Die grundlegend falsche Folgerung aus der Weltlage sei aber die Erhöhung der Militärausgaben, wie sie von den Eidgenössischen Räten beschlossen wurde. Im Gegenteil, zu verstärken seien die Friedensförderung, die Entwicklungszusammenarbeit und insbesondere auch die Erhöhung der Mittel für das IKRK und dessen Missionen, die es wegen fehlender Finanzierung reduzieren muss.

Die Sammlung am Schluss des Abends kam einem Projekt des Netzwerks Schweiz-Transkarpatien/Ukraine für kriegstraumatisierte Kinder und Jugendliche mit mehrwöchigen Rehabilitations-Camps zugute.

Kritik der Neutralitätspolitik

An der engagierten Gesprächsrunde zu «Ukraine-Krieg: Die Schweiz zwischen Solidarität und Neutralität» am gleichen Abend im bis auf den letzten Platz gefüllten Dorothee-Sölle-Saal des Kirchgemeindehauses beteiligten sich der Schriftsteller Jonas Lüscher, die ukrainische Schriftstellerin und Journalistin Tanja Maljartschuk, der Historiker Jakob Tanner, die Stifterungsrätin des Genfer Zentrums für Minenräu-

Ukraine-Krieg: Die Schweiz zwischen Solidarität und Neutralität



Gesprächsrunde mit dem Schriftsteller **Jonas Lüscher**, der ukrainischen Schriftstellerin/Journalistin **Tanja Maljartschuk**, dem Historiker **Jakob Tanner**, der Stiftungsratspräsidentin des Genfer Zentrums für Minenräumung **Barbara Haering** sowie dem ehemaligen EDA-Mitarbeiter **Markus Heiniger**.

Freitag, 26. Mai 2023, 19:00 – 21:30 h

Kirchgemeindehaus Aussersihl, Clara-Ragaz-Zimmer, Stauffacherstr. 8, Zürich
Apero ab 18 Uhr, Zoom-Teilnahme möglich.

Noch selten ist die Neutralität der Schweiz so ernsthaft infrage gestellt worden wie jetzt im Krieg gegen die Ukraine. Eine SVP-Volksinitiative will die Übernahme von Sanktionen künftig untersagen, während der Bundesrat sich weigert, die ukrainische Verteidigung gegen die russischen Raketenangriffe zu unterstützen – er versteckt sich hinter der Neutralität und tut so, als gelte diese absolut. Eine Gesprächsrunde des Friedensrates geht den Fragen um die Solidarität mit der Ukraine und um die Neugestaltung der Neutralität nach.

Schweizerischer FRIEDENS RAT, Gartenhofstr. 7, Zürich
044 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch



Die Gesprächsrunde zu Solidarität und Neutralität am 26. Mai 2023 in Zürich.

mung Barbara Haering und der ehemalige SFR-Sekretär und spätere EDA-Mitarbeiter Markus Heiniger. Im Zentrum stand dabei die Kritik an der mangelnden Unterstützung der Ukraine durch die Schweiz und deren verlogene Neutralitätspolitik. In der Juni-Ausgabe 45-23 der **FRIEDENSZEITUNG** haben wir ausführlich über den Anlass berichtet.

Am Ende der Veranstaltung appellierte Jonas Lüscher, aktiv gegen die Neutralitätsinitiative der SVP einzustehen und sich gut auf die Debatte vorzubereiten. Es gibt Anzeichen dafür, dass es für die putinaffinen Neutralitätsfanatiker nicht so leicht werden dürfte. Im vergangenen eidgenössischen Wahlkampf jedenfalls hat die SVP das Thema nicht bewirtschaftet, es scheint nicht besonders zu ziehen. Die Unterschriftensammlung verläuft offenbar harzig, nach mehr als einem Jahr seit der Lancierung ist die Initiative noch nicht eingereicht worden.

Kampagne Kriegsgewinne besteuern!

Eine breite Allianz von Organisationen und Verbänden, darunter der Friedensrat, forderte im Sommer in einem Offenen Brief den Nationalrat auf, einer parlamentarischen Initiative «Kriegsgewinne mit einer Windfall Profit Tax besteuern» zuzustimmen. Eine solche Übergewinnsteuer bezeichnet eine Steuer, die Gewinne von Unternehmen abschöpft, die über einen «Normalgewinn» hinausgehen. Die Idee einer Übergewinnsteuer ist in der Vergangenheit mehrheitlich in Kriegszeiten umgesetzt worden. Anlass dafür waren die stark gestiegenen Gewinne bestimmter Branchen, die wirtschaftlich vom Krieg profitierten. Man spricht deshalb auch von einer Kriegsgewinnsteuer.

Aufgrund des Krieges gegen die Ukraine schossen Rohstoffpreise aufgrund von Börsenspekulation, Engpässen, logistischen Schwierigkeiten

Fortsetzung Seite 9

Wo bleibt die Moral?

Volle Unterstützung der Ukraine ist Pflicht!

Günther Baechler

Die Unterstützung der Ukraine als eines unabhängigen Staates ist das Gebot der Stunde. Für die künftigen Verhandlungen über eine Waffenruhe und eine nachhaltige Friedensordnung ist es zwingend, dass Russland wieder aus der Ukraine abzieht. Die Opfer der russischen Aggression werden zusätzlich bestraft durch die Verweigerung notwendiger diplomatischer und militärischer Unterstützung.

Es ist unbestritten (ausser bei Diktatoren wie Kim Jong Un): Der russische Angriffskrieg gegen die benachbarte Ukraine verstösst gegen das Kriegsverbot der Uno-Charta. Diese ist und bleibt denn auch die moralische Leitlinie: völkerrechtliches Kriegsverbot und damit Gewaltverzicht, Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung gegenüber einem Angreifer, staatliche Souveränität und territoriale Integrität des Staatsgebiets, Verteidigung von Freiheit und Unabhängigkeit. Die Vermeidung ziviler und militärischer Opfer durch eine möglichst effektive und siegreiche Beendigung eines Angriffs ist für jede verantwortungsvolle Regierung eine der Handlungsmaximen. Jede Regierung muss auch alles daransetzen, einer Eskalation und Ausweitung des Krieges durch eine angemessene Reaktion entgegenzuwirken.

Das Völkerrecht als Leitlinie

Die definierte Leitlinie entspricht nicht nur moralischen Überlegungen, sondern sie bringt das moderne Völkerrecht und moralische Konventionen in Einklang. Im Gegensatz zu dieser normativen Übereinstimmung divergieren in vielen politisch motivierten Narrativen zum Krieg Moral und Völkerrecht. Nachfolgend einige kommentierte Beispiele:

► «Der Ukraine-Krieg bindet zu viele Mittel und lenkt von den Konflikten im Süden und von

der Armutagenda ab.» Dagegen spricht: So berechtigt die Proteste aus Entwicklungsländern gegen die Ignoranz des Nordens sind, so wenig hilft die Relativierung der Gräueltaten im Ukraine-Krieg, die globalen Ungerechtigkeiten zu beiseitigen. Im Kontext des gegenwärtigen Krieges mutiert die «globale Agenda» leicht zum durchsichtigen Manöver des Aggressors, wie sich bei seinem Versuch, Weizen als Waffe einzusetzen oder sogar zu vernichten, zeigen lässt.

► «Die Ukraine ist alles andere als eine perfekte Demokratie; das korrupte Land wird idealisiert und überhöht dargestellt.» Abgesehen davon, dass es heute kein perfekt demokratisiertes postsowjetisches Land gibt (und auch viele westliche Länder nicht viel besser dastehen), darf die Verfasstheit eines Landes nicht zum Massstab genommen werden, ob das Kriegsverbot durchgesetzt wird oder nicht. De facto scheint jedoch nicht ein Demokratiedefizit, sondern die relativ erfolgreiche und nicht abgeschlossene Transition der Ukraine zu einer Bedrohung des russischen Nachbarn geworden zu sein.

► «Russland schützt mit der Besetzung bestimmter Gebiete die russischstämmigen Bürger, die in der Ukraine diskriminiert sind.» Fakt ist: Sämtliche postsowjetischen Staaten – am meisten die Russische Föderation – kämpfen mit den Auswirkungen der stalinistischen Nationalitätenpolitik. Während in Russland die Föderation zum Instrument der Unterdrückung zahlreicher Völker geworden ist, verschärft Moskau gezielt die Probleme in den Nachbarländern, um die demokratische Staatenbildung und Europaorientierung zu verhindern.

► «Beim Ukraine-Krieg handelt es sich um einen Stellvertreterkrieg, der zwischen Russland

und den USA (der Nato) auf dem Territorium der Ukraine ausgefochten wird.» Träfe diese These zu, dann wäre der brutale Angriffskrieg Russlands auf dem Territorium eines Dritten besonders verwerflich.

▣ «Die Waffenlieferungen durch den Westen verlängern einen sinnlosen Krieg, der ohnehin nicht zu gewinnen ist. Daher: verhandeln jetzt!» Wie wir wissen: Ohne Bereitschaft in Moskau wird es keine Verhandlungen geben. Auch ist zu respektieren, dass die Ukraine zurzeit keinen Waffenstillstand will. Sie liefe Gefahr, sich mit einer Teilung des Landes oder einem Diktatfrieden abfinden zu müssen. Tatsächlich verlängert ein Stopp oder die wiederholte Verzögerung von Waffenlieferungen die Kampfhandlungen und erhöht die Opferzahlen unnötigerweise. Das müssten mittlerweile auch die zahlreichen Militärexperten, Berater und Vermittler gelernt haben, die schon den russischen Angriff für unwahrscheinlich hielten und seit ihrem Irrtum Kiew die Unterwerfung bzw. Kapitulation nahelegen.

▣ «Durch die westlichen Waffenlieferungen steigt die Gefahr einer Ausweitung bzw. Eskalation des Krieges bis hin zum Einsatz von Atomwaffen.» Dagegen ist zu sagen, dass die Nato sich selbst und der ukrainischen Selbstverteidigung grosse Restriktionen auferlegt hat (keine geografische Ausweitung der Kampfhandlungen auf Nato-Gebiet, kein Einbezug des Territoriums des Angreifers, obwohl es völkerrechtliches Kriegsgebiet ist, kein Einsatz weitreichender Waffensysteme, keine Lufthoheit über dem eigenen Gebiet). Wer sich mit nuklearen Lösegeldforderungen konfrontiert sieht, kann entweder zahlen und somit bei jeder Drohung kapitulieren. Oder er zahlt nicht und wirkt gleichzeitig auf eine globale Verurteilung der Androhung bzw. des Einsatzes von Nuklearwaffen hin.

Russland muss zurückgedrängt werden

Fazit: Die Narrative widerspiegeln moralisch bedenkliche Antworten auf das Gemetzel vor unseren Augen. Die Opfer der militärischen Aggression werden zusätzlich bestraft durch die

Verweigerung notwendiger diplomatischer und militärischer Unterstützung, durch das «Kaufen» von Zeit durch allzu zögerliche Regierungen, durch die Instrumentalisierung der Ukraine-Hilfe für innenpolitische Zwecke (Wahlkämpfe), durch ängstliches Zurückweichen vor leeren Drohungen der russischen Regierung usw.

Auf der Strecke bleiben bei diesen Narrativen die Moral, die internationale Rechtsordnung und die Perspektive auf einen nachhaltigen Frieden in Europa, vielleicht auf der Welt. Kein Wunder, misstraut die ukrainische Führung westlichen Regierungen. Zu oft endeten Verhandlungen in den letzten Jahren mit einem von Stacheldraht verzierten Kompromiss.

Praktisch alle Abkommen begünstigen russische Interessen, keines die Interessen der angegriffenen und zerstückelten Länder. Wie viel revisionistische Gefrässigkeit akzeptieren westliche Regierungen, bevor sie sich endlich an die Umsetzung einer verlässlichen europäischen Friedensordnung mit gemeinsamer und gleicher Sicherheit für alle Länder machen?

Moralisch und rechtlich gesehen, gibt es nur eine Antwort: Die Unterstützung der unabhängigen Ukraine als Staat und Gesellschaft mit allen Mitteln der Friedensdiplomatie und der kollektiven Selbstverteidigung ist das Gebot der Stunde. Für die künftigen Verhandlungen über eine Waffenruhe und eine nachhaltige Friedensordnung ist es zwingend, dass Russland zurückgedrängt wird bzw. aus der Ukraine abziehen muss. Wer die russischen Kriegsziele immer noch nicht ernst nimmt, wird möglicherweise bald zum Verursacher einer noch grösseren moralischen Katastrophe.

Günther Baechler ist Friedensforscher und Mediator. Er war als Schweizer Botschafter und Spezialgesandter in Friedensprozessen engagiert, u.a. in Nepal, Sudan, Südkaukasus, Kamerun. Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG.



Keine Neutralität angesichts schwerer Völkerrechtsverletzungen

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat vorletztes Jahr – neben dem erfolgten Einsatz in den UNO-Sicherheitsrat – die Neutralität der Schweiz einmal mehr und dringlich auf den Prüfstand gestellt. In erster Linie ging es dabei um die politische Neutralität, aber mit der Kriegslage zunehmend auch um ihre Essenz, die militärische Neutralität. Während der Bundesrat unter dem Druck der europäischen Sanktionen gegen Russland nicht anders konnte, als sich diesen weitgehend anzuschliessen und sich damit klar gegen den russischen Angriff zu positionieren, und er sich ausserdem für den Wiederaufbau der Ukraine und die Aufnahme der Flüchtlinge engagierte, verweigerte die Schweiz jegliche Solidarität bezüglich einer minimalen Unterstützung des ukrainischen Widerstandes. So erlaubte der Bund nicht einmal die Weitergabe von Munition durch Deutschland für die Abwehr der verhee-

renden russischen Luftangriffe auf die zivile Infrastruktur der Ukraine während des Herbstes und Winters 2022 und 2023.

Im Gegensatz zu Finnland und Schweden, die ihre Neutralität nach dem Beginn des Krieges aufgegeben haben und der Nato beigetreten sind bzw. dies vorhaben, stellt sich diese Option für die Schweiz nicht. Doch ist absehbar, dass – je länger der Krieg andauert – die Diskussionen um eine Neuausrichtung der Neutralitätspolitik vertieft geführt werden (müssen). Seit die Schweiz Mitglied der UNO ist, kann sie sich in ihrer Argumentation nicht mehr einfach auf die Neutralität berufen, denn die UNO-Charta ist für sie verbindlich, und sie verurteilt nicht nur Angriffskriege, sondern verlangt auch, die Angegriffenen zu unterstützen.

Extrem nationalistische Kreise im SVP-Umfeld unter Anregung Christoph Blochers reagierten auf die verhängten Ukraine-Sanktionen mit der Lancierung einer sogenannten Neutralitätsinitiative, die wirtschaftliche Massnahmen gegen Länder nur dann erlaubt, wenn sie eindeutig von der UNO verhängt werden. Bis über diese Initiative abgestimmt wird, dürfte es aber noch Jahre dauern. Die gleichen Kreise hatten in einer Sondersitzung im Frühling 2022 noch vergeblich versucht, den Einsatz des Landes in den UNO-Sicherheitsrat für die folgenden zwei Jahre zu verhindern, den sie jahrelang wegen Neutralitätsbedenken bekämpft hatten.

Die Chance besteht nun, im höchsten UNO-Gremium mit einem wegweisenden ausserpolitischen Engagement für Solidarität und Völkerrecht zur internationalen Friedenssicherung beizutragen. Im Rahmen der UNO gehört dazu jedoch nach dem Krieg gegen die Ukraine der Einsatz für eine verstärkte Rüstungskontrolle und Abrüstung, insbesondere bei den atomaren Waffen. Minimale Voraussetzung dafür ist, dass die Schweiz endlich dem Atomwaffenverbotsvertrag beitritt. *(pw)*





Der Ostermarsch am 10. April an der Aare unterwegs in Bern.

Fortsetzung von Seite 5

rigkeiten und Sanktionen zwischenzeitlich drastisch in die Höhe und schwankten gleichzeitig auf hohem Niveau. Die Folgen für Millionen von Menschen weltweit: Energie und Nahrungsmittel werden massiv teurer oder gar unerschwinglich. Für Schweizer Rohstoffkonzerne wie Glencore, Trafigura, Cargill, Vitol und Co. resultierten die Marktverwerfungen in historischen Milliardengewinnen. Eine Kriegsgewinnsteuer auf diese Profite könnte dazu beitragen, die sozialen und ökonomischen Folgen des Ukraine-Krieges abzufedern und einen bedeutenden Beitrag zum Wiederaufbau der Ukraine leisten. Der Nationalrat ist auf die Forderung nicht eingetreten.

Eigenes Ukrainehilfegesetz nötig

Im September haben wir eine Vernehmlassung zur neuen Strategie des Bundes zur Internationalen Zusammenarbeit (IZA 2025-2028) eingereicht. Hier kritisierten wir insbesondere, dass

13 Prozent des in diesen Jahren vorgesehenen Budgets für die Entwicklungszusammenarbeit, 1,5 von insgesamt 11,45 Milliarden Franken, für den Wiederaufbau und die humanitäre Hilfe für die Ukraine vorgesehen sind. Eine langfristig ausgerichtete und umfangreiche Unterstützung der Ukraine ist zwar wichtig, denn die Schweiz bewegt sich da weltweit unter ferner liefen, doch darf dies keinesfalls auf Kosten der ärmeren Länder, vor allem von Subsahara-Afrika, Nordafrika und dem Mittleren Osten geschehen. Wir forderten deshalb, für den nachhaltigen Wiederaufbau der Ukraine eine Finanzierung mit einem eigenen Bundesgesetz zu erlassen, wie es etwa bei der Transitionshilfe für Reformen in ehemaligen kommunistischen Ländern Osteuropas und der Sowjetunion, dem seinerzeitigen Osthilfegesetz, eingeführt wurde.

Die Schweiz im UNO-Sicherheitsrat

Als Mitglied des NGO-Netzwerks Multilateralismus informierten wir uns im Rahmen eines vom Aussenpolitischen Departement regel-

mässig eingeladenen «strukturierten Dialogs mit der Zivilgesellschaft» am 28. März und 24. Oktober über die Arbeit der Schweiz im ersten Jahr als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der UNO. Am Oktober-Termin nahm auch Pascale Baeriswyl, Missionschefin der Ständigen Mission der Schweiz bei der UNO in New York teil. Im Vorfeld der Kandidatur unseres Landes für die Jahre 2023/2024 hatten wir das Ziel, einerseits die Sicherheitsratsmitgliedschaft zu nutzen, um das multilaterale Engagement und die friedenspolitische Positionierung der Schweizer Aussenpolitik vermehrt und vertieft in der Schweiz selber zu verankern, andererseits um die Tätigkeit der Schweizer Delegation im Weltgremium kritisch zu begleiten.

Beides ist uns beschränkt gelungen, beispielsweise durch eine mehrteilige Serie zur Kandidatur in der **FRIEDENSZEITUNG** oder mit den in der Dezember-Ausgabe 2022 publizierten «Prioritäten der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat – was will und soll die Schweiz?» von Fabien Merz. Empfehlenswert ist die Berichterstattung der Gesellschaft für Aussenpolitik SGA mit einem wöchentlichen Rückblick auf die Arbeit der Schweizer Delegation im Sicherheitsrat (www.sga-aspe.ch/subjects/schweiz-im-sicherheitsrat). Abgesehen vom historischen Versagen des Sicherheitsrates beim Krieg gegen die Ukraine (wegen dem Vetorecht Russlands) scheinen die Charta der Vereinten Nationen, das humanitäre Völkerrecht und vor allem die Menschenrechtsdeklaration immer stärker unter Druck zu stehen und müssen andauernd verteidigt werden.

Zivildienst-Vernehmlassung

Anfang Mai haben wir unsere Stellungnahme zur geplanten Revision des Zivildienst-, Zivilschutz- sowie des Militärgesetzes eingereicht. Seit Jahren laufen unter dem Vorwand einer «Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems» (zur Lösung der angeblichen Bestandesprobleme im Militär und Zivilschutz) Frontalangriffe auf den *Zivildienst*, der neueste will ihn dem *Zivilschutz* unterordnen. Die Zivildienstler sollen nicht mehr selber über ihr Einsatzgebiet entscheiden, sondern gezwungen werden

können, ihren Dienst im Zivilschutz abzuleisten und dies länger als die Zivilschützer. Wir lehnen diese Revision ab, weil der vorgesehene Zwang grossen Schaden anrichten würde, ohne einen Nutzen zu stiften, denn der Zwang ginge auf Kosten von Pflege und Betreuung sowie Umwelt- und Naturschutz, der wichtigsten Einsatzbereiche des Zivildienstes mit wachsender Nachfrage und sinkendem Angebot.

Am 26. Oktober reichte der Verein zur Förderung des Milizengagements knapp vor Ablauf der Sammelfrist seine seit zehn Jahren vorbereitete Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-Citoyen-Initiative)» ein, die einen obligatorischen «Bürgerdienst» für alle jungen Menschen einführen will, sprich neben dem Militär-, Zivilschutz- und Zivildienst für Männer auch Frauen und AusländerInnen für die Allgemeinheit oder die Umwelt dienstverpflichten will. Der Bundesrat hat der Idee bereits im März 2022 eine klare Abfuhr erteilt, indem er darauf hinwies, dass das Begehren mit dem Zwangsarbeitsverbot gemäss Europäischer Menschenrechtskonvention nicht vereinbar sein könnte. Es ist zu hoffen, dass Regierung und Parlament darauf verzichten, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, und der Vorstoss in der Volksabstimmung in einigen Jahren klar versenkt wird.

Europäisches Waffenhandelsnetzwerk

Das jährliche Treffen des Europäischen Netzwerks gegen Waffenhandel (ENAAT) fand vom 23. bis 25. Juni 2023 in Bern statt. Während am Freitagabend an der Universität Bern eine öffentliche Veranstaltung zum UNO-Atomwaffenverbotsvertrag u.a. mit SP-Ständerat Carlo Sommaruga, der Grünen-Nationalrätin Marionna Schlatter, ihrer Grünliberalen Kollegin Melanie Mettler und Jonas Heeb von der GSoA stattfand, berichteten die TeilnehmerInnen aus ganz Europa am Wochenende über die durch den Krieg gegen die Ukraine schwieriger gewordene Arbeit gegen den europäischen Waffenhandel. Unser Vorstandsmitglied Maria Ackermann nahm am Freitagabend teil, Heinrich Frei besuchte das Treffen am ganzen Wochenende.

Kundgebung für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina

**Samstag, 9. Dezember
16.30 Uhr, Bern, Schützenmatte**



**Mit Ruth Dreifuss (Alt-Bundesrätin) & Shirine Dajani
(Palästinensisch-schweizerische Friedensaktivistin)**

Der Weltfriedenstag in St. Gallen

Wie seit Jahren beteiligten wir uns auch 2023 am 23. September an der Kundgebung des Vereins Friedenskultur zum Weltfriedenstag in St. Gallen, der unter dem Thema «Frieden ist ein Menschenrecht!» wieder viele TeilnehmerInnen aus der Ostschweiz versammelte. SP-Nationalrätin Claudia Friedli nahm Bezug auf die Situation in der Ukraine und in Bergkarabach und betonte: «Frieden ist die Grundlage der Menschenrechte, ohne Frieden gibt es keine Verwirklichung der Menschenrechte.» Karl Brunner erinnerte daran, dass sich die UNO-Generalversammlung 2016 mit der Erklärung über das Recht auf Frieden hehre Ziele vorgenommen hat. Im dazugehörigen Aktionsprogramm heisst es: «Die Mitgliedstaaten werden ermutigt, auf einzelstaatlicher sowie auf regionaler und internationaler Ebene Massnahmen zur Förderung einer Kultur des Friedens zu ergreifen.»

Die anhaltende Tragödie in Nahost

Der brutale Terrorangriff der islamistischen Hamas am 7. Oktober aus dem Gaza-Streifen auf israelische Kibbuze und auf ein Musikfestival mit der Ermordung von über 1200

Menschen und der Geiselnahme und Verschleppung von Hunderten von ZivilistInnen, dem auch etliche FriedensaktivistInnen zum Opfer gefallen sind, begleitet vom anhaltenden Raketenbeschuss israelischer Städte, hat den palästinensisch-israelischen Nahostkonflikt unvermittelt wieder eskalieren lassen. Als Antwort auf die Kriegsverbrechen der Hamas hat Israel einen massiven militärischen Vergeltungsschlag im Gazastreifen lanciert, der nicht nur zur Zerschlagung der Hamas, sondern mit der weitreichenden Bombardierung der Infrastruktur des Küstenstreifens zu einer humanitären Katastrophe geführt hat.

Wir haben uns am 2. November in Zürich auf dem Bürkliplatz und am 9. Dezember auf der Schützenmatte in Bern (mit Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss) an Kundgebungen für Frieden in Israel und Palästina beteiligt, die von der Jüdischen Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit, Amnesty Schweiz und der GSoA organisiert waren. Trotz dieser katastrophalen Entwicklung in einem endlosen Konflikt bleibt eine winzige Hoffnung, dass (nach einem möglichen Rücktritt der israelischen Regierung unter Netanyahu) der internationale Druck

zu einer realistischerweise einzig denkbaren Zweistaatenlösung mit einer palästinensischen Regierungsverwaltung im Westjordanland und in Gaza führen könnte.

Sabotage des Korrekturinitiative

Der Nationalrat hat am 18. Dezember eine bereits im Ständerat im September verabschiedete Motion angenommen, die die verschärften Bewilligungskriterien für den Waffenexport wieder rückgängig machen will, kaum ein Jahr nach Inkrafttreten des indirekten Gegenvorschlags zur auch von uns mitlancierten Korrekturinitiative. Ein neuer Artikel 22b des Kriegsmaterialgesetzes soll die damals verschärften Bewilligungskriterien für Auslandsgeschäfte aufweichen: «Der Bundesrat kann (...) von den Bewilligungskriterien nach Artikel 22a abweichen, wenn a. ausserordentliche Umstände vorliegen; und b. die Wahrung der aussen- oder sicherheitspolitischen Interessen dies erfordert.»

Das kommt einem Freipass für die Regierung gleich, insbesondere das Verbot von Lieferungen in Länder, die «in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt» sind oder «die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzen», einfach zugunsten der Waffenausfuhrindustrie auszuhebeln. Der Bundesrat, der mit der Motion einverstanden

ist, muss jetzt eine Gesetzesänderung vorbringen, gegen die die GSoA bereits vorsorglich das Referendum angekündigt hat. Die Regierung hat aber klargestellt, dass mit einer solchen Ausnahmeregelung keine Waffenlieferungen an die Ukraine genehmigt werden könnten, wie ein Teil der Räte dies insuiniert, weil dem die Neutralitätsverpflichtung des Haager Abkommens entgegenstehen würde.

Volksinitiative für ein Atomwaffenverbot

Es ist paradox: Die Schweizer UNO-Vertretung in New York war massgeblich am Zustandekommen des UNO-Atomwaffenverbotsvertrags (TPNW) beteiligt, der am 22. Januar 2021 in Kraft getreten ist. 2017 hat sie mit 121 weiteren Staaten an der UNO-Generalversammlung für die Annahme des Vertrags gestimmt. Das Parlament hat den Bundesrat vor bereits fünf Jahren mit grosser Mehrheit beauftragt, den Vertrag zu unterzeichnen und ihn zur Ratifizierung vorzulegen. Die Schweiz hat sogar an den ersten zwei Konferenzen der Vertragsstaaten teilgenommen, zuletzt im November 2023, allerdings nur als Beobachterin, aber die Regierung weigert sich konstant, ihn zu ratifizieren.

Der Bundesrat hat einen Bericht über seine Haltung auf Anfang 2023 angekündigt, von dem aber bisher nichts zu sehen ist. Er betreibt somit eine eigentliche Arbeitsverweigerung. Wir haben den Beitritt zum TPNW bei unzähligen Veranstaltungen und Aktionen gefordert (siehe beispielsweise die Grussbotschaft zum Hiroshima-Tag am 6. August 2023). Der Schweizer Zweig der Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen ICAN hat nun genug und bereitet seit November 2023 eine Beitrittsinitiative vor, um Druck auf die Regierung auszuüben. Sie soll im Laufe des ersten Halbjahres 2024 lanciert werden. Der Friedensrat ist Teil einer breiten Allianz zur Umsetzung des überfälligen Anliegens.



Zum Hiroshima-Tag vom 6. August 2023

Grussbotschaft des Schweizerischen Friedensrates an den Wiener Hiroshima-Gedenkanlass vom 6. August 2023

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde

Wie seit vielen Jahren übermitteln wir Euch auch dieses Jahr an eure Hiroshima-Gedenkveranstaltung vom 6. August 2023 in Wien eine Grussbotschaft als kleines Zeichen internationaler Solidarität. Diese Grussbotschaften werden seit bereits 25 Jahren ausgerichtet, wir können allerdings nicht besonders zu diesem Jubiläum gratulieren. Zwar war der 2021 in Kraft getretene Atomwaffenverbotsvertrag der UNO ein Meilenstein der Bemühungen der weltweiten Antiatomwaffenbewegungen zur Ächtung der atomaren Waffen, doch sieht die Realität erheblich anders aus, wie das Jahrbuch 2023 des schwedischen Friedensforschungsinstituts Sipri konstatiert. Demnach hat zwar die Zahl atomarer Sprengköpfe seit den Zeiten des Kalten Krieges signifikant abgenommen, doch zeigen alle Indizien auf eine gegenteilige Entwicklung zur angestrebten weltweiten Kontrolle und Abschaffung der Atomwaffen hin:

► Statt das Potenzial der bestehenden Massenvernichtungsmittel kontinuierlich zu verringern, investieren alle fünf offiziellen Atomwaffenstaaten verstärkt in die Modernisierung ihrer Waffenarsenale und entwickeln neue Waffensysteme. Das heisst, dass die Vernichtungskapazitäten der atomaren Waffen und der Bau ihrer Einsatzträger (Raketen, U-Boote, Marschflugkörper) stark ausgeweitet werden.

► In den letzten Jahren sind sämtliche Vereinbarungen zwischen den atomaren Grossmächten USA und Russland aufgekündigt oder sistiert worden, zuletzt der New-Start-Vertrag durch Russland, das letzte verbliebene Abkommen dieser Art.

► Die Nonproliferation der Atomwaffen ist weiterhin wesentlich gefährdet, atomare Anwärtler wie Nordkorea, Iran, Indien und Pakistan bauen dabei immer weitreichendere Trägerraketen für ihre Atomwaffen und bauen ihre Sprengköpfe

aus. Nordkorea räumt seinem Atomprogramm weiterhin Priorität als zentrales Element seiner Sicherheitsstrategie ein.

► Die USA und die grösste Atommacht Russland bilden zwar weiterhin mit Abstand (zusammen 90 Prozent) den Haupthart der Atomwaffenproduzenten und -besitzer. Doch die Ambitionen Chinas wachsen schnell, innerhalb eines Jahres stieg deren Zahl von Sprengköpfen von 350 auf 410. Nach Sipri hat das Land mit einer erheblichen Ausweitung seines Atomwaffenarsenals begonnen und könnte potenziell Ende des Jahrzehnts über mindestens so viele ballistische Interkontinentalraketen wie die USA oder Russland verfügen.

► Nicht zuletzt aufgrund des Krieges Russlands gegen die Ukraine steigen die internationalen geopolitischen Spannungen und verhindern militärische Rüstungsbeschränkungs- und Abrüstungsbemühungen, insbesondere bei den atomaren Waffen.

► Im Gefolge des Krieges gegen die Ukraine droht Russland kaum verhüllt mit dem Einsatz von «taktischen» Atomwaffen gegen sein Nachbarland, um eine militärische Niederlage zu vermeiden. Bereits hat Russland Atomwaffen in Belarus stationiert. Wie wir bereits vor einem Jahr konstatierten, zeigt der Krieg gegen die Ukraine im Gegensatz zu allen offiziellen sicherheitspolitischen Doktrinen also, dass Atomwaffen kein funktionierendes Instrument zur Abschreckung von Kriegen sind, sondern dass sie die fortgesetzte Führung eines konventionellen Krieges erst ermöglichen.

Wir driften in eine der gefährlichsten Perioden der Menschheitsgeschichte, erklärt Sipri-Direktor Dan Smith. Unser Kampf gegen das atomare Vernichtungspotenzial und gegen die Drohung mit ihm ist also dringlicher denn je.

Zürich, 6. August 2023
SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT
Vorstand

Das Café de la paix im 2023

2023 organisierte der Schweizerische Friedensrat fünf Café de la paix an seinem Sitz an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich.

30. Januar: Klimagerechtigkeit und Frieden – ein notwendiges Zusammenspiel?

Zum Thema sprach Stefan Salzmann, Projektverantwortlicher für Energie und Klimagerechtigkeit bei der Fastenaktion und Co-Präsident der Klima-Allianz Schweiz. Er drückte seine Überzeugung aus, dass Klima- und Friedenspolitik zusammengehören. Er meinte, wenn das Geld, das in die Rüstung fliesse, in die Förderung erneuerbaren Energien gesteckt würde, wäre der Weg zur Beseitigung der fossilen Energien bereits viel kürzer.

27. März: Berichte aus drei Ländern am Horn von Afrika

Abdel Atsbeha, Äthiopier aus der Region Tigray lebt schon lange in der Schweiz. Er berichtete über den Krieg, den Äthiopien in Tigray führte. Im Jahre 2020 führte die Volksbefreiungsfront



Montag, 26. Juni 2023
von 19.00 – 21.00 Uhr
an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich

Sambia: von der Kolonie zur Demokratie
Eine Zeitreise und persönliche Auseinandersetzung

Mit **Elsbeth und Jürg Noti**, die das Land von ihrem entwicklungs-politischen Interteam-Einsatz kennen und immer noch in Kontakt mit den Menschen in ihrem einstigen Wirkungsfeld sind.

Tigray in der Region im Norden von Äthiopien Wahlen durch, was der äthiopischen Zentralregierung missfiel und einen Krieg auslöste, der von Eritrea unterstützt wurde. Unter der Vermittlung der Afrikanischen Union einigten sich die Bürgerkriegsparteien auf einen Waffenstillstand. Im Tigray sind Hunderttausende Menschen umgekommen.

Pheben Asghedom aus Eritrea, Ethnologin, 1979 als Migrantin in die Schweiz gekommen, arbeitet bei der Asylorganisation Zürich im Bereich sozialpädagogische Arbeit mit Migrationsfamilien. Sie erzählte von Frauen, die zahlreich in die Schweiz kommen, weil sie keinen Militärdienst leisten wollen, in dem sie sexueller Gewalt ausgesetzt sind. Die Situation in Eritrea ist seit Jahren schlecht, eine Änderung zeichnet sich nicht ab.

Bashir Gobdon aus Somalia, seit über 30 Jahren in der Schweiz, berichtete über die Hungersnot in seiner Heimat. Bereits seit Jahrzehnten leidet die somalische Bevölkerung an den Folgen von Naturkatastrophen. Viele Menschen werden mit einer Katastrophe nach der andern konfrontiert. Mehr als eineinhalb Millionen Menschen wurden vertrieben und leben als Binnenflüchtlinge in notdürftigen Behausungen.



Montag, 27. März 2023
von 19.00 – 21.00 Uhr
an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich

Berichte aus drei Ländern am Horn von Afrika

Abel Atsbeha: Äthiopien und der Krieg im Tigray
Pheben Asghedom: Eritrea und heutige Situation
Bashir Gobdon: Somalia und Hungersnot

26. Juni: Sambia – von der Kolonie zur Demokratie

Elisabeth und Jürg Noti aus Dielsdorf leisteten in den achtziger Jahren während vier Jahren einen freiwilligen Einsatz in Sambia und lernten die Bauernkooperative Tikondane, von jungen Sambianerinnen gegründet, kennen. Seither sind sie eng mit dieser Organisation verbunden. Aus der Bauernkooperative wurde ein Waisenhaus, das Ehepaar Noti generiert seit Jahren Spenden für diese Institution und gehört dem sambischen Projektvorstand an. Elisabeth und Jürg Noti besuchen das Waisenhaus regelmässig und sind stolz auf Sambia, das seit dem friedlichen Regierungswechsel im August 2021 demokratisch regiert wird.

25. September: Westsahara-Konflikt – Völkerrecht oder Partikularinteressen?

Elisabeth Bäschlin, Präsidentin des Schweizerischen Unterstützungskomitees für die Saharaouis, gab einen Einblick über den Konflikt, der niemandem mehr bewusst ist, weil sich die Weltgemeinschaft überhaupt nicht darum küm-



CAFÉ DE LA PAIX



Montag, 25. September 2023
von 19.00 – 21.00 Uhr
an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich

**Westsahara-Konflikt:
Völkerrecht oder Partikularinteressen?**

Die Saharaouis haben ein Recht auf Selbstbestimmung, doch wen kümmert's...
Eine wertorientierte Politik scheint international abgedankt zu haben
– auf Kosten des sahraouischen Volkes.

Elisabeth Bäschlin em. Dozentin für Geographie, Präsidentin des SUKS / Schweizerisches Unterstützungskomitees für die Saharaouis, begleitet die Saharaouis in ihrem Kampf für das Selbstbestimmungsrecht seit mehr als 40 Jahren. Als regelmässige Besucherin des Exil-Staats Westsahara in den Flüchtlingslagern südlich der algerischen Oasenstadt Tindouf seit 1985 konnte und kann sie die Veränderungen in Organisation und Gesellschaft hautnah miterleben.

mert. Anders am Café de la paix: Die Anwesenden hörten den Ausführungen über die Region und die dort lebenden Menschen aufmerksam zu. In der Septemberausgabe 46-23 der **FRIEDENSZEITUNG** hat Elisabeth Bäschlin einen informativen Artikel zum Thema geschrieben.

27. November: Psychische Gewalt – Definitionen, Auswirkungen, Lösungsstrategien

Brigitte Kämpf, Co-Geschäftsleiterin der Zürcher Frauenberatungsstelle sexuelle Gewalt, sprach im Rahmen der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen an einem gemeinsam vom Friedensrat und der WILPF (Women's International League for Peace and Freedom) durchgeführten Café de la paix über psychische Gewalt. Brigitte Kämpf ging auf alle Formen psychischer Gewalt ein und zeigte auf, wie Frauen sie vermeiden und sich dagegen wehren können.

Jenny Heeb



Montag, 27. November 2023
19.00 – 21.00 Uhr
Schweizerischer Friedensrat, Gartenhofstr. 7 in Zürich

**Psychische Gewalt:
Definitionen, Auswirkungen, Lösungsstrategien**

Vortrag / Diskussion
mit **Brigitte Kämpf**, Co-Geschäftsleiterin Frauenberatung sexuelle Gewalt Zürich

www.16tage.ch



16
TAGE
GEGEN
GEWALT
AN FRAUEN
25.11. – 10.12.22

Tram Nr. 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd (eine Station nach Stauffacher), dann zweite Strasse rechts.
Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich bitte unter diana.schenkel@friedensrat.ch bis zum 24. November 2023 an und erhält dann den Zugangscod.



Die Friedenszeitung im 2023

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine dauert nun schon zwei Jahre und hält damit bereits halb so lang wie der Erste Weltkrieg an. Wie jener ist er inzwischen zu einem verheerenden Stellungskrieg entlang der vier von Russland annektierten Oblaste Cherson, Donezk, Luhansk und Saporischschja mutiert und könnte dies auch bleiben. In der März-Ausgabe der FRIEDENSZEITUNG haben wir anlässlich des ersten Jahrestages der Invasion ein umfangreiches Positionspapier des Ukrainischen Vereins publiziert, das die wesentlichen Forderungen zur Solidarität der Schweiz mit dem angegriffenen Land enthält. Kaum eine davon ist bisher erfüllt, doch hat der Bundesrat am 15. November 2023 immerhin beschlossen, der Kerngruppe der Länder, welche die Schaffung eines Ukraine-Sondertribunals vorantreiben, beizutreten. Es soll möglichst breit abgestützt und an den Inter-

nationalen Strafgerichtshof angelehnt werden. Im Juni dokumentierten wir die Forderung nach der Einführung einer Übergewinnsteuer für Rohstofffirmen, die infolge des Krieges Rekordgewinne einstreichen konnten. Diese Gelder sollen für den zivilen und ökologischen Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden.

Wir konnten erfreulicherweise den in der Schweiz lebenden russischen Schriftsteller und Publizisten Michail Schischkin, vehementer Kritiker von Putins Krieg, für zwei exklusive Essays über russisch-schweizerische Beziehungen gewinnen. Im März schrieb er über eine kaum bekannte Geschichte zur Behandlung von russischen Soldaten in Internierungslagern in der Schweiz im Jahre 1945 («Die Heimat erwartet euch!»), in der Dezember-Ausgabe ging er den Spuren des Tessiner Architekten Domenico Trezzini nach, der für Zar Peter den Grossen die

FRIEDENSZEITUNG

NR. 44 MÄRZ 2023

- 1 Zum ersten Jahrestag des Krieges gegen die Ukraine
- 6 Revisionsgesetz: Frontalangriff auf den Zivilstand
- 8 Wettinnerspolitik: Für ein Gewaltmonopol der UNO
- 12 Geopolitisch oder gemeinsame Sicherheit im Weltraum?
- 16 Russische Soldaten in Schweizer Lagern 1945
- 21 Die massenverbreitete Armutsoberhoft 2023
- 22 G. Baechler: Kunst, Konflikt und Frieden
- 30 Zusammenhalt: Österreich am 10. April

Ukrainische Forderungen an die Schweiz anlässlich des Jahrestages vom 24. Februar 2023

Zum ersten Jahrestag des Krieges gegen die Ukraine

Zum ersten Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine haben der Ukrainische Verein sowie die Vereine der ukrainischen Diaspora in der Schweiz ein Positionspapier verfasst, mit dem zur Kundgebung am 4. März 2023 in Bern aufgerufen wurde. Wir drucken es sprachlich leicht überarbeitet ab, da es die wesentlichen Punkte zum heutigen Verhältnis zwischen dem ukrainischen Widerstand und der Schweiz enthält.

Dies trifft auch für die Gelder aus Russland zu. Im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine geraten diese Forderungen in einen besonderen Fokus. Für die Sperrung und Einziehung der Gelder von Regierungsverantwortlichen in Kiew und ihren nahebestehenden Personen muss eine rechtliche Grundlage geschaffen werden. Diese Gelder sollen in den Widerstand der Ukraine investiert werden.

Dafür muss die internationale Zusammenarbeit gestärkt, massenorganisatorische Massnahmen getroffen und finanzielle Ressourcen zugeföhrt werden. In diesem Zusammenhang erhält die Forderung, Putin und seine Umgebung zu einer künftigen Kern terroristischen Organisation und Russland zu einem staatlichen Sponsor des Terrorismus zu erklären, eine besondere Bedeutung.

Dies würde eine rechtliche Grundlage für die sofortige Einziehung der Gelder schaffen. Gleichwohl muss die Schweiz sicherstellen, dass die Herkunft der von den Schweizer Banken gehaltenen russischen Vermögensgüter durch eine spezielle Taufdate untersucht wird. Die nachfolgenden Forderungen bedingten sich gegenseitig, damit die Reputationsabhängigen an die Ukraine möglich sind.

Und Weiteres soll die Schweiz die Waffen-Nichte-werte rauszuführen klar angeben für die Ukraine beschaffen und die Kontrolle über das Sanktionsregime stärken. Und abschliessend rufen wir die Schweiz dazu auf,

Fortsetzung Seite 2

FRIEDENSZEITUNG 44/23



Fortsetzung Seite 2

FRIEDENSZEITUNG 45/23

FRIEDENSZEITUNG

NR. 45 JUNI 2023

- 1 Gruppe Wagner in Afrika: Moskaus doppeltes Spiel
- 8 Zivilistenstweism: Grosse Schäden ohne Nutzen
- 10 Autonome Waffen: Soldaten besser Kontrolle
- 14 Rohstoffmafia: Kriegsgewinne besteuern!
- 16/17 Karte der UNO-Friedenssätze 2023
- 19 Ukraine: Zwischen Solidarität und Neutralität
- 24 Waffenauflagen 2022: Noch nie so hoch
- 26 Leipziger Messe: Literatur in Zeiten des Krieges

Die Gruppe Wagner und UNO-Friedenssätze in Afrika

Moskaus doppeltes Spiel

Die Gruppe Wagner bekommt erst seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auch in Europa stärkere Aufmerksamkeit. In den letzten Jahren war die private Militärfirma aber bereits in vielen Konflikten von Syrien über Libyen bis in die Zentralafrikanische Republik, Mali und zuletzt auch im neu aufgetauchten Machtkampf in Sudan aufgetaucht. Oft agiert sie dort, wo auch Friedenssätze, vornehmlich der UNO, stationiert sind.

Was bedeutet der Einsatz der Gruppe Wagner in Konfliktgebieten für internationale Friedenssätze? Inwiefern beeinträchtigt er deren Mandatsumsetzung? Wie beeinflusst er das Verhältnis zwischen Gastregionen und Friedenssätzern vor Ort? Und wie wirken sich geopolitische Spannungen auf diese Dynamik aus?

/ Christoph Matsche und Annika S. Hansen /

Die Entstehung der Gruppe Wagner
Der militärische Arm der Gruppe Wagner wurde 2014 von Dmitry Utkin, ehemaliger Oberleutnant im Militärgewerbeamt GRU, gegründet und kam zuerst auf der Krim, in der Ost-Ukraine und anschliessend in Syrien zum Einsatz. Die

Existenz dieser Gruppe wurde aber lange Zeit von russischen Offiziellen bestritten. Zusammengefasst wurde die private Militärfirma zunächst aus ehemaligen Personal der privaten Militärunternehmen Slavisches Korps, des Militärgewerbeamtes GRU, von Luftlandverbänden und diversen Spezialabteilungen der Armee und aus dem Verteidigungsministerium. Die Gruppe Wagner ist zwar die bekannteste, aber bei Weitem nicht die einzige private Militärfirma in Russland. Sie besteht jedoch nicht nur aus Soldatertypen, sondern umfasst zusätzlich ein komplexes Geflecht von Firmen und Organisationen, die in den Bereichen politische Strategiegewinnung, Rohstoff- und Desinformation ebenso wie im Bergbau, Diamanten-, Gold- oder Halbleitern arbeiten.

Geföhrt wird dieses Unternehmensgeflecht von dem engen Putin-Vertrauten Jewgeni Prigozhin. Obwohl er wiederholt heftig Kritik am Verhalten der russischen Militärführer über, muss man angesichts seiner engen Verbindung zu Putin davon ausgehen, dass Prigozhin und die Gruppe Wagner ein Instrument des Krim sind und keine eigenständige Geleise darstellen. Im September 2022 führte das Engagement von Wagner im Ukraine-Krieg dazu, dass sich Prigozhin zu seiner Rolle als Chef der Gruppe bekannte, obwohl er zuvor deren Existenz abgelehnt hatte. Im Dezember 2022 wurde das Unternehmen PMC Wagner Centre mit Sitz in St. Petersburg in Russland registriert.

Wie funktioniert die Gruppe Wagner?
Die Gruppe Wagner hat drei miteinander verknüpfte Standbeine. Das erste ist die wohl bekannteste Rolle als Söldnertruppe, die militärische Unterstützung – oft ohne Kontrolle – auf antiraketen-Regimenten im Kampf gegen Aufständische oder andere bewaffnete Regimegegner anbietet.

Diese Rolle verknüpft Wagner zunehmend mit ihrem zweiten Standbein,



- 1 Die Pläne der Armeeführung der nächsten Jahre
- 6 Plädoyer für ein eigenes Ukrainehilfegesetz
- 10 China und Russland: Zweckbündnis statt Allianz
- 12 Projekt gegen Gewalt an Frauen in Indien
- 16 Rüstungskontrolle und Desinformation
- 22 Ruedi Tobler: Vom Osternschmuck zum Ukrainekrieg
- 26 Reportage: Sibirische Rentnerarmeen in Tmyriq
- 30 Westsalzarakonflikt: Verschiedene Massstäbe?

- 1 Vor der Aufweichung des Kriegsmaterialgesetzes?
- 4 Zur Auseinandersetzung um die Hamas
- 6 Interview mit einem palästinensischen Israeli
- 9 Atomwaffenverbotsinitiative in Vorbereitung
- 10 75 Jahre UNO-Blauhelme: Herausforderungen
- 16 Der Architekt des Petersburger Paradieses
- 22 Kant: Die Aktualität des ewigen Friedens
- 26 Ein Jahr Teilnahmehin in Russland

Armechef Süssliß Pläne für die Armee der nächsten Jahre

Back to Cold War

Nach bevor der Bundesrat Lehren für die schweizerische Sicherheitspolitik im europäischen Umfeld aus dem anhaltenden Krieg Russlands gegen die Ukraine zieht, prescht die Armeeführung vor und propagiert die Abkehr von der bisherigen Armeedoktrin Richtung kollektiver Sicherheit hin zur teil-autonomen Verteidigung wie zur Zeiten des Kalten Kriegs.

/ Peter Weishaupt /

Jetzt geht's los. Anderthalb Jahre nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine ist auch in der Schweiz auf ihn reagiert und eine Zettendeckung eingeleitet worden. Und die ausserevidente Armeebotschaft des Bundesrates vom 15. Februar 2023 nach nicht besonders auf, ausser dass sie ausserevidentlich war (siehe FRIEDENSZEITUNG 44 vom März), habe die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates am 12. Januar ein Postulat eingereicht, in dem sie den Bundesrat ultimativ auffordert, in einem Bericht bis August 2023 «darzulegen, wie die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz angesichts der Rückkehr von bewaffneten Konflikten wie dem Ukraine-Krieg gestärkt werden kann». Die Motionsbegündung kritisiert, dass im Zusammen-

hang des Bundesrates vom 7. September 2022 zu dessen Sicherheitspolitischen Bericht von 2021 die Auswirkungen des Krieges nur in diffuser Weise ihren Niederschlag gefunden hätten, insbesondere zeige er nicht auf, wie die Verteidigungsfähigkeit wiederhergestellt werden soll und wofür zusätzliche finanzielle Mittel für die Armee eingesetzt werden sollen. Der Bundesrat hatte versprochen, die gestellten Fragen in einem Folgebericht zu den erweiterten Bereichen zu beantworten und zu gegebenem Zeitpunkt dem Parlament zu unterbreiten, doch wurde dies erst nach dem August 2023 der Fall sein können.

Die neue Doktrin des Armechefs
Vorwort jetzt die Armeespitze eingetrifft hat bis Mitte August ohne ein üb-

liches Vorwort der VBS-Chefin zu solchen Präsentationen geschwiegen denn ihrer Ansicht nach bei der Pressekonferenz ein «Zielbild und die Strategie für den Aufwuchs der Armee unter dem Titel «Die Verteidigungsfähigkeit stärken» vorzulegen (siehe Zitate in diesem Artikel ohne Nachweis stammen aus diesem Bericht). Die von Armechef Thomas Süssliß vorgetragene neue Armeedoktrin stellt eine vollkommene Abkehr von der zugrundeliegenden konzeptionellen Ausrichtung auf kollektive Sicherheit fest: letzten Jahre da, wie es im Konzept von 2009 «Sicherheit durch Kooperation» der Fall war, und richtet sich auf eine neue militärische Gesamtschutz-Verdichtung analog zu Zeiten des Kalten Krieges aus. Und nimmt dabei keinerlei Rücksicht auf allfällige Ergänzungen der VBS-Anfang Juli eingereichten Studienkommission Sicherheitspolitik (siehe Karten Seite 5).

Im Grundsatz geht es darum, wie angeblich heute nicht verteidigungsfähige Armee mit einer «Aufweichestrategie» wieder auf eine autonome Selbstverteidigungsfähigkeit auszurichten (siehe auch die Kolonne von Marianna Schärer Seite 7). Das Swiss-Paper lässt sich aber weiter strecken, als habe die Armeeführung in

Fortsetzung Seite 2



Die Verteidigungsfähigkeit stärken

FRIEDENSZEITUNG 46/23

Wird das Kriegsmaterialgesetz einfach ausgehebelt?

Zielheit sich da es Schaubemerkel der besonderen Art ab: Am 11.5.2023 reichte die Sicherheitskommission des Ständerates eine Motion ein, die vom Bundesrat verlangt, dass er die verschärften Bewilligungskriterien für den Kriegsmaterialexport wieder rückgängig macht - kaum ein Jahr nach Inkrafttreten des indirekten Gegenwehrrechts zur sogenannten Korrekturentworte.

/ Peter Weishaupt /

In der Septembersession nahm die kleine Kammer die Motion schon mal an. Nun ist zu befürchten, dass der neu gewählte Nationalrat in der kommenden Winteression ebenfalls zustimmt, nachdem die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates dies am 7. November 2023 so empfunden hat.

Wörtlich lautet der neue Artikel 22b des Kriegsmaterialgesetzes: «1) Der Bundesrat kann unter Einhaltung der Voraussetzungen in Artikel 21 von den Bewilligungskriterien nach Artikel 22a abweichen, wenn a) ausserordentliche Umstände vorliegen, und b. die Wahrung der ausserevidentlicher der sicherheitspolitischen Interessen des Landes dies erfordert» (Auf Seite 3 haben wir zum Verständnis den Artikel 22a herangezogen.) Der Bundesrat

vor mit dieser mehr als schwammigen Formulierung in seiner Antwort auf die Motion vom 30.8.2023 einverstanden: «Die Einführung dieser Abweichungskompetenz nach vorgeschlagenem Artikel 22b ermöglicht dem Bundesrat eine gewisse Flexibilität, um die Ausdehnung für Kriegsmaterial an sich ändernde ausserevidentlicher und sicherheitspolitische Gegebenheiten anpassen. Dadurch kann in einem klar abgegrenzten Rahmen insbesondere der Aufrechterhaltung einer an die Landesverteidigung angepassten industriellen Kapazität besser Rechnung getragen werden».

Im Klartext begründet der Bundesrat so, dass es bei dieser Lockerung um nichts anderes als die Interessen der Ex-

portwirtschaft geht. Gleich im nächsten Satz stellt er aber unmissverständlich klar, dass mit dieser Ausnahmeregelung keine Waffenlieferungen an die Ukraine genehmigt werden könnten, wie ein Teil der Räte dies insinuiert: «Vor dem Hintergrund der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine wären in Bezug auf die Ausfuhr von Kriegsmaterialium nach dieser Verpflichtungsgemäss der Haager Abkommen weiterhin anwendbar» Sollte dieses handlungsunfähig vorstösse der Nationalrat ebenfalls zustimmen, hat die GSÖ bereits ein Referendum angekündigt.

Nachfolgend zwei Medienberichterstattungen zu Ungerechtigkeiten in der Praxis des Kriegsmaterialgesetzes und der Schweiz Sanktionen gegen Russland und der Rolle des Swiss bei deren Kontrolle.



Sniper-Munition über Polen in die Ukraine geliefert?
14'000 Schuss Sniper-Munition vom Kaliber 0,338 Magnum Lapua, hergestellt von Swiss P, der einzigen Munitionsherstellerin Thun und spätere Rüstungsminister, will eine polnische Firma in die Ukraine geliefert haben. Diese Anzahl und die Lieferadresse fand sich auf einem Lieferchein, das

Fortsetzung Seite 2
FRIEDENSZEITUNG 47/23

Peter-und-Paul-Festung in St. Petersburg erbaut, die jahrhundertlang als grauenregendes Gefängnis diente.

Indirekt mit dem durch Russland sabotierten Völkerrecht setzten wir weitere Schwerpunkte: das Plädoyer für ein Gewaltmonopol der UNO gegenüber nationalstaatlicher militärischer Sicherheitsgewalt im März – für manche wohl eine provozierende utopische Idee –, die Rolle der Gruppe Wagner in Afrika im Juni, die internationale Rüstungskontrolle und die russischen Desinformation im September, 75 Jahre UNO-Blauhelme im Dezember. Mit der mehr als fragwürdigen Neutralitätsdoktrin im Zusammenhang mit der Unterstützung der Ukraine befassten wir uns im Bericht über die Friedensrats-Gesprächsrunde «Solidarität statt Neutralität» vom 26. Mai oder in der Rezension «Sind 400 Jahre genug?» von Mario Jorjös Buch «Die Schweizer und ihre Neutralität».

Mit den direkten innenpolitischen Folgen des Krieges gegen die Ukraine, sozusagen den von Russland verursachten Kollateralschäden,

setzen wir uns im September mit einer Analyse der massiven Aufrüstungspläne der Armeeführung auseinander. Die eidgenössischen Räte haben in der Dezember-Session dementsprechend beschlossen, das Armeebudget bis 2035 schrittweise auf ein Prozent des BIP zu erhöhen, was fast eine Verdoppelung gleichkommt.

Im September 2024 wird die 50. Ausgabe der seit 2012 als Nachfolgeorgan der seinerzeitigen FriZ konzipierten FRIEDENSZEITUNG erscheinen. Wir halten es nicht besonders mit bewährlicheren Jubiläen oder inflationären Gedenktagen, sind aber doch etwas stolz auf die kontinuierliche Herausgabe einer nicht immer leicht konsumierbaren Fachzeitung zu Friedenthemen. Ob wir eine Veranstaltung machen oder das seit zwölf Jahren unveränderte Layout auffrischen, lassen wir noch offen, vielleicht gibt es originellere Ideen. So oder so freuen wir uns wie immer über Anregungen und Kritiken unserer Leserschaft und immer auch über finanzielle Unterstützung der Redaktionsarbeit.

Peter Weishaupt



Frauen dieser Welt – der Friedenskalender 2024

Die 28. Ausgabe des Postkarten-Friedenskalenders 2024 mit den Fotos von Holger Hoffmann, Armin Mösinger und Laurin Schmid zeigt eindrückliche Porträts von Frauen aus Asien, Afrika und Lateinamerika. Die Vereinten Nationen haben im Jahr 2015 in ihrer Agenda 2030 die Geschlechtergerechtigkeit als eines der 17 nachhaltigen Entwicklungsziele festgelegt, doch hat es in den vergangenen Jahren nicht nur infolge der Covidpandemie, sondern auch durch diverse nationale Gesetzgebungen alarmierende Rückschritte gegeben.

Am 11. Juli 2023, dem Tag der Weltbevölkerung, lebten über acht Millionen Menschen auf der Erde – davon ist die Hälfte weiblich und von Gleichberechtigung weit entfernt, obschon Frauen seit Jahrzehnten für die volle Anerkennung und Umsetzung ihrer Gleichstellung und Selbstbestimmung kämpfen. Solche Tatsachen

erschweren eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung.

Nach wie vor leidet weltweit ein Viertel aller Frauen und Mädchen unter Fremdbestimmung und geschlechtsspezifischer Gewalt. Eines von fünf Mädchen wird verheiratet, bevor es das 18. Lebensjahr vollendet. Die weltweit erschreckend hohe Zahl von Teenagerschwangerschaften ist sowohl ein gesundheitliches als auch ein gesellschaftliches Problem. Weiterhin ist die Armut weiblich: Von den rund 700 Millionen Menschen, die in extremer Armut leben, sind rund 70 Prozent Frauen – und von den knapp 500 Millionen AnalphabetInnen sind ebenfalls zwei Drittel Frauen.

Doch viele starke Frauen weltweit sind Visionärinnen, Kämpferinnen und Trägerinnen von Entwicklung. Sie setzen sich ein für eine friedlichere Welt, für den Erhalt der Erde und für eine Ernährung, die nicht nur satt macht, sondern auch gesund ist und aus umweltschonend angebauten Produkten besteht. Beispielfhaft sollen hier drei starke Frauen genannt werden: Vandana Shiva ist eine bekannte indische Sozialaktivistin und Globalisierungskritikerin, die für ihr Engagement in den Bereichen Umweltschutz, biologische Vielfalt, Frauenrechte und Nachhaltigkeit mehrfach ausgezeichnet wurde. Von ihr stammt das Buch «Eine andere Welt ist möglich. Aufforderung zum zivilen Ungehorsam».

Yasmin Ahmed Khamis, Anwältin und Gründerin verschiedener Organisationen, kämpft im Südsudan für ein gerechtes und funktionierendes Justizsystem, das auch die besonders sensible Situation von Frauen und Kindern berücksichtigt. Erileide Domingues ist eine brasilianische Guarani-Aktivistin. Sie kämpft für die Rechte der Indigenen, insbesondere für jene der Frauen, sowie für die Rückgabe des geraubten Landes an die Guarani-Kaiowa.

Francine Perret

Weitere Informationen zum Friedenskalender 2024

In der September-Ausgabe Nr. 46 der FRIEDENSZEITUNG finden sich Hintergrundinformationen zum Friedenskalender mit Beiträgen zur «Initiative zur Selbstverteidigung: Gemeinsam gegen Gewalt an Mädchen und Frauen in Indien» und «Irma will nicht zurück in die Schule» sowie in der Dezember-Ausgabe Nr. 47 zu «Vietnam: Heldinnen des Alltags».

Die 6. Schweizer Friedenskonferenz

Das Forum für Friedenskultur, das sich für eine aktiv gelebte Friedenskultur in der Schweiz einsetzt und den Ilanzer Sommer verantwortet, hat den Auftrag übernommen, die Friedenskonferenz 2023 zu organisieren. Der Friedensrat wirkte als Partnerorganisation bei dieser Friedenskonferenz mit, die unmittelbar vor dem Ilanzer Sommer am 9. August stattgefunden hat. In seiner Arbeitsgruppe «Sicherheit neu denken» entstand die Idee, dass Thesen zu einer neuen Friedenspolitik erarbeitet werden, die während an der Friedenskonferenz 2023 präsentiert werden und in den Ilanzer Sommer einfließen sollen.

So machte sich die Arbeitsgruppe an die Arbeit und formulierte die Thesen zu folgenden Themen: kollektive Sicherheit, feministische Friedenspolitik, Abrüstung, Gewaltprävention, Klimagerechtigkeit. Hinzu kamen Thesen zu Mediation/Dialog und Friedensbildung. Für die Gesprächsleitung wurden auch ExpertInnen von aussen beigezogen. Sieben Thesen wurden dann von den TeilnehmerInnen nach der Methode des World Cafés diskutiert und auf Flipcharts dokumentiert. In einer zweiten Phase wurden die Diskussionen in vier Handlungsfeldern konzentriert:

a) Gewaltprävention und Friedensbildung

Vorhandene Ressourcen, Spielräume und Projekte in der Bildungslandschaft sollen unterstützt und ausgebaut, ein Bundesamt für Friedensbildung soll geschaffen werden.

b) Stärkung der UNO

Eine Reform der UNO soll auf Grundlage der Menschenrechte die kollektive Sicherheit stärken, wirksame UNO-Friedensmissionen sollen ausgebaut werden. Auch die

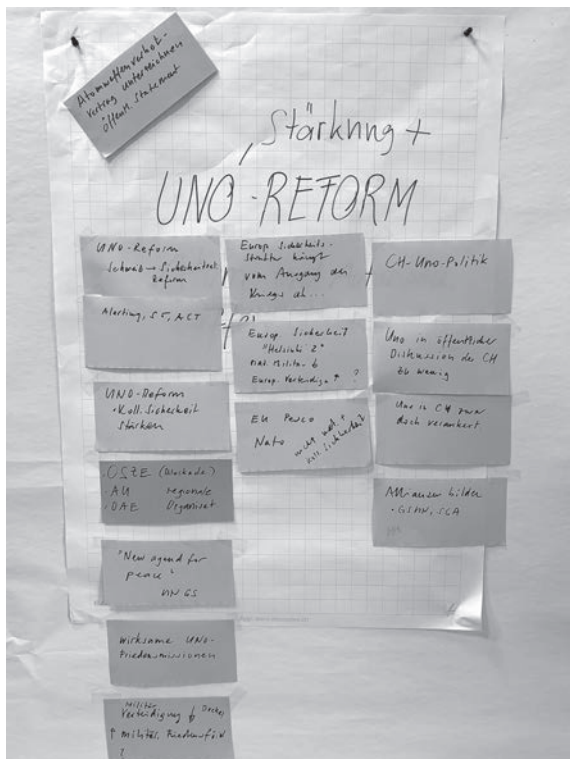
europäische Sicherheitsstruktur soll entsprechend angepasst werden. Die UNO-Politik der Schweiz soll stärker in die Schweizerische Öffentlichkeit hineingetragen werden, der Atomwaffenverbotsvertrag muss ratifiziert werden.

c) Friedenspolitik ist Wirtschaftspolitik

Werte der Friedenssicherung sollen stärker in die Wirtschaftspolitik einfließen. Die Care-Arbeit und ihr Wert müssen sichtbar werden. Feministische Aspekte sollen stärker in die Wirtschafts- wie in die Friedenspolitik einfließen, Aufrüstungspolitik bringt keinen Frieden.

d) Dialogland Schweiz

Mittels BürgerInnenräte soll der Dialog in der Schweiz gestärkt werden. Eine Kultur des ak-



tiven Zuhörens soll gefördert werden, dies in Institutionen, Schulen, Vereinen, Gemeinden, Städten. Mit Andersdenkenden sollen Gespräche initiiert werden unter Einbezug von Kindern, Jugendlichen, Menschen ohne Schweizer Pass.

Die Ergebnisse der 6. Friedenskonferenz 2023 wurden dem Ilanzer Sommer zur Weiterarbeit übergeben und die Konferenz mit der Übergabe des Friedensstabes an die WILPE, die die Friedenskonferenz 2024 am 25. Mai in Zürich organisieren wird, abgeschlossen.

Der Ilanzer Sommer 2023

Der Verein Forum für Friedenskultur ist auf Initiative der Stiftung der Ilanzer Dominikanerinnen 2021 gegründet worden. Dieser organisiert jährlich den Ilanzer Sommer, ein Ort der Begegnung, Inspiration und Ermutigung für eine gelebte Friedenskultur. Maria Ackermann arbeitete 2023 in der Programmationsgruppe mit. Neben kulturellen Angeboten, Filmabenden und Workshops setzte der Ilanzer Sommer 2023 auf das neu konzipierte 3x3x3-Format mit dem Schwerpunkt «Sicherheit neu denken».

Maria Ackermann

Die Vorstandsarbeit 2023

Der Vorstand des Friedensrates traf sich zu monatlichen Sitzungen, um die Grundsätze der laufenden Aktivitäten zu besprechen (siehe die Berichte zum Friedenskalender, zur **FRIEDENSZEITUNG**, zur Jahresversammlung, zur Arbeitsgruppe Sicherheit neu denken, zur 6. Schweizer Friedenskonferenz, zum Ilanzer Sommer und zum Café de la paix).

Im Jahresbericht 2022 sprachen wir von der Nachfolgeregelung für den zurückgetretenen Präsidenten Ruedi Tobler. Hoffnungsvolle Gespräche haben leider bisher zu keinem Ergebnis geführt, sodass wir in der Präsidiumsfrage zu Beginn dieses Jahres wieder am Anfang stehen. Das führte grundsätzlich zur Diskussion, ob die Vereinsform des Friedensrates noch zeit-



Am 4. Dezember 2024 überreichte eine Vorstandsdelegation in Astano TI dem zurückgetretenen Friedensratspräsidenten Ruedi Tobler und seiner Frau vier junge Bäume, die einen Tag später an seinem neuen Wohnort eingepflanzt wurden (von links nach rechts: Maria Ackermann, Heinz Bähler, Ruedi Tobler, Vreni Tobler).



gemäss ist oder ob eine andere Arbeitsform gefunden werden muss. Der Vorstand ist der Meinung, dass gerade in der momentanen herausfordernden friedenspolitischen Situation Friedensarbeit bedeutend ist. Aber wie? Ohne neue Kräfte geht es nicht. Ob wir bis zur Jahresversammlung vom 24. Mai 2024 Antworten finden, ist zur Zeit offen.

Francine Perret organisierte im September einen Vorstandsausflug an den UNO-Sitz in Genf, wo wir bei einer spannenden Führung über die UNO-Arbeit Interessantes erfahren konnten. Ein weiterer Ausflug führte uns im Dezember ins Tessin nach Astano, zum neuen Wohnsitz von Ruedi Tobler, um ihm als Dank für sein unermüdliches Engagement im Friedensrat einen Baum zu überreichen. Vor Weihnachten schlossen wir am Gartenhof bei einem gemütlichen Essen mit geladenen Ehrenamtlichen das Arbeitsjahr ab.

Vernetzungsarbeit leistet der Vorstand unter anderem durch die Mitarbeit in Gremien wie dem Zivildienstverband Civiva (Heinz Bähler), der Plattform für Friedensförderung KOFF (Diana Schenkel) oder der UNO-Agenda 2030 (Maria Ackermann), wir nahmen auch an

etlichen Versammlungen oder Veranstaltungen von Friedensorganisationen teil.

Finanzkommission

Die Finanzkommission traf sich zu vier Sitzungen und suchte nach neuen Einnahmequellen. Francine Perret reichte bei Stiftungen für konkrete Projekte wie das Café de la paix, die FRIEDENSZEITUNG, die Arbeitsgruppe Sicherheit neu denken Finanzgesuche ein, bisher ohne Erfolg. Die Finanzierung von Friedensarbeit durch Stiftungen ist und bleibt eine Herausforderung und hat sich nach der Coronapandemie eher noch verschlechtert. Einzig der Friedenskalender konnte auch dieses Jahr dank Unterstützung von Organisationen (Inserate im Kalender) produziert werden. So blieb uns im vergangenen Jahr einmal mehr nur die Unterstützung unserer Mitglieder, die den traditionellen Finanzaufrufen folgten und unsere Arbeit dadurch überhaupt erst möglich machen. Herzlichen Dank dafür!

Maria Ackermann

Die Arbeitsgruppe Sicherheit neu denken

Die Evangelische Landeskirche in Baden (BRD) hat ein Szenario entwickelt, wie – analog zum Ausstieg aus der Atom- und fossilen Energie – bis zum Jahr 2040 ein Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung und ein Umsteigen auf eine rein zivile Sicherheitspolitik gelingen könnte. Der Schweizerische Friedensrat hat eine Arbeitsgruppe initiiert und koordiniert, um ein ähnliches Konzept für die Schweiz zu erarbeiten. Die Vision der SND-Gruppe ist eine Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz für die Zukunft. In mehreren Sitzungen seit Anfang 2023 wurden wesentliche Erkenntnisse und Forderungen formuliert und mit Anregungen, Beispielen und Umsetzungsideen ergänzt.

In der Kerngruppe waren neben Organisationen wie SCI, Zürcher Quäkergruppe, Peace Women across the Globe, Frauen für den Frieden, Forum für Friedenskultur, Friedenskultur Ostschweiz auch interessierte Einzelpersonen aktiv. Erste Thesen und Kapitel sind geschrie-

ben. Es gab interessante Diskussionen, auch diametral gegensätzliche Ansichten hatten Platz. Einig waren wir in der Frage, dass Sicherheit nicht nur militärische Sicherheit bedeutet, sondern zivile Sicherheit beinhalten muss, dass die Care-Arbeit bei einem alternativen Sicherheitsbegriff miteinbezogen werden muss, ebenso feministische Sichtweisen zur Abrüstungspolitik. Die Rolle der Männer wie auch der Einbezug der Frauen ins Militär müssen thematisiert werden.

Voraussetzung für weltweiten Frieden ist die Überwindung des nationalstaatlichen Gewaltmonopols zugunsten eines internationalen Gewaltmonopols. Deshalb plädiert der Friedensrat auch für ein Gewaltmonopol der UNO. Im neuen Jahr 2024 planen wir halböffentliche Hearings mit ExpertInnen in Friedens- und Sicherheitspolitik.

Diana Schenkel

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

In die Friedensarbeit investieren – Legate, Schenkungen oder Erbschaften für den SFR

Der Schweizerische Friedensrat ist für seine kontinuierliche Friedensarbeit neben Mitgliederbeiträgen, Abonnementen der FRIEDENSZEITUNG und einmaligen wie regelmässigen Spenden auf zusätzliche Mittel angewiesen. Nur dank Ihrer Unterstützung können wir wichtige friedenspolitische Themen aufgreifen, unsere Informationsarbeit weiterführen und unsere Projekte verwirklichen.

Mit Ihrem Testament bestimmen Sie aktiv, wie Ihr Vermögen verwendet wird, und Sie können unsere Anliegen wirkungs-

voll unterstützen. Legate und Erbschaften haben eine besondere Bedeutung für uns, denn sie ermöglichen ein längerfristiges Engagement für den Frieden. Sie sind besondere Vermächtnisse, die in unserer Organisation vertraulich und respektvoll behandelt werden. Auch kleinere testamentarische Begünstigungen helfen uns, zukunftsicherer zu planen.

Gerne stehen wir Ihnen für weitere Informationen zur Verfügung. Wenden Sie sich an unseren Geschäftsleiter, Peter Weishaupt, Telefon 044 242 93 21, Mail: info@friedensrat.ch.

Publikationen

Ich bestelle

..... Ex. **Probenummern** der **FRIEDENSZEITUNG**. Zwei Ausgaben im 2024, gratis

..... **Abonnement** der **FRIEDENSZEITUNG** für 50 Franken jährlich (vier Ausgaben)

..... Ex. **Haus Gartenhof in Zürich**. Raum für vernetzte Friedensarbeit. Chronos-Verlag Zürich 2019, 192 Seiten, Fr. 38.–

..... Ex. dieses **Jahresberichtes 2023** des SFR. 24 Seiten, Februar 2023, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2024** mit 12 Kalenderblättern zu Frauen dieser Welt, Fr. 10.–

..... Ex. dieses **Jahresberichtes 2022** des SFR. 24 Seiten, Februar 2023, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2023** mit 12 Kalenderblättern zu Afrika, Fr. 10.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2021** des SFR. 24 Seiten, Februar 2022, Fr. 5.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2022** mit 12 Kalenderblättern zu Usbekistan, Fr. 5.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2020** des SFR. 24 Seiten, April 2021, Fr. 5.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2021** mit 12 Kalenderblättern zu Kenia, Fr. 5.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2019** des SFR. 24 Seiten, Februar 2020, Fr. 5.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2020** mit 12 Kalenderblättern zu Myanmar, Fr. 5.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2018** des SFR. 24 Seiten, Februar 2019, Fr. 5.–

..... Ex. der Broschüre **Gegen modernes Söldnerntum**. Private Sicherheits- und Militärfirmen. 28 Seiten, Dezember 2011, Fr. 5.–

..... Ex. **Argumentenkatalog «Schutz vor Waffengewalt»** zur Volksabstimmung vom 13.2. 2011. Dezember 2010, 52 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. **Reader «Kriegsgebiet Kinderzimmer»**. Eine Intervention zu Gewalt, Gesellschaft und Entwaffnung. Dezember 2009, 256 Seiten, Fr. 10.–

..... Ex. **Broschüre «Das Geschäft mit dem Krieg»**. Private Sicherheits- und Militärfirmen. Dezember 2007, 28 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. **Broschüre «Schöne neue atomare Welt»**. Warum neue Atomkraftwerke kein Rezept gegen den Klimawandel sind. Juni 2007, 24 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. **Broschüre «Wehrpflicht zur Debatte»**: Berufsarmee, Freiwilligenheer, allgemeine Dienstpflicht? Dezember 2004, Fr. 5.–

..... Ex. **Broschüre «Abschied vom Inseldasein»**. Vom Ende der isolationistischen Neutralität zur kollektiven Sicherheit der UNO. 52 Seiten, Dezember 2000, Fr. 5.–

Ich will **Mitglied des SFR** werden:

- Fr. 50.– jährlich (Mitgliedschaft)
- Fr. 100.– jährlich (Mitglied & Jahresabo)
- Kampagne gegen Kleinwaffen (Fr. 20.–)

Vorname, Name

Adresse

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Einsenden an SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich
oder **mailen** an info@friedensrat.ch

